

Station 1:

Comeniusstraße 32, Villa des NS-Gauleiters Martin Mutschmann

Die Villa ist 1906 erbaut worden und diente in den 30er und 40er Jahren als Wohnsitz des sächsischen NS-Gauleiters Martin Mutschmann. Auf seine Biographie soll etwas ausführlicher eingegangen werden, zeigt sie doch einen beispiellosen und gleichzeitig doch symptomatischen „politischen“ Werdegang eines überzeugten sächsischen Antisemiten und Nationalsozialisten, der in Dresden nicht mehr gegenwärtig ist.

Martin Mutschmann (1879 – **1947**) wurde 1879 in Hirschberg/Saale in Thüringen als Sohn einer kleinbürgerlichen Handwerkerfamilie geboren. Nach dem Besuch der Handelsschule in Plauen und Ausbildung zum Stickermeister arbeitete er in verschiedenen Positionen in Spitzen- und Wäschefabriken.

1907 gründete er einen eigenen kleinen Spitzenbetrieb, beteiligte sich an weiteren regionalen Unternehmen und war sehr erfolgreich. Durch eine Absatzkrise 1912/13 gingen viele sächsische Firmen Bankrott, Mutschmanns Plauener Betrieb überlebte. Als sog. „Sündenböcke“ der wirtschaftlichen Krise dieser Branche wurden zumeist aus Osteuropa stammende Juden ausgemacht, die ebenfalls Unternehmen in der Spitzenindustrie gegründet hatten. Alteingesessene Unternehmer forderten gemeinsam mit Vertretern konservativer Parteien und Verbände, wie dem „Alldutschen Verband“, scharfe Maßnahmen gegen die jüdischen Unternehmer.

Martin Mutschmann beteiligte sich Anfang August 1914 an Bedrohungen und Gewalttätigkeiten gegen Geschäftsinhaber jüdischen Glaubens in Plauen. Für seine begangenen Straftaten wurde er damals jedoch nicht zur Verantwortung gezogen, da er am 4. August 1914 zum Militärdienst eingezogen wurde. Im Dezember 1916 kehrte er nach einer Verwundung als kriegsuntauglich nach Plauen zurück und engagierte sich seit 1919 im „Deutsch-völkischen Schutz- und Trutz-Bund“, und bereits 1922 in der 1920 gegründeten NSDAP.

Sein Antisemitismus verband sich nun mit Antimarxismus. Er hasste solche Menschen, wie Georg Gradnauer, den aus dem jüdischen Bürgertum stammenden sächsischen Ministerpräsidenten und Max Hoelz, ein Vogtländer Kommunist. Er befürchtete, dass Marxismus und Judentum gemeinsam den Untergang Deutschlands herbeiführen könnten.

In der NSDAP macht Mutschmann Karriere und aus Plauen in wenigen Jahren eine braune Hochburg. 1925 erfolgte seine Berufung zum sächsischen Gauleiter der NSDAP. Als Fabrikant unterstützte er die Partei finanziell.

In der Weltwirtschaftskrise 1929/30 verschärft sich Mutschmanns Antisemitismus. Für den 1930 erfolgten Zusammenbruch seiner Firma und die so entstandene eigene wirtschaftlich prekäre Situation machte er wiederum die Juden verantwortlich. In programmatischer Hinsicht strebte er eine rassistisch begründete und von der nationalsozialistischen Partei geführte Volksgemeinschaft an, in der bisherige politische Lagerbildungen und Milieus sowie soziale Konflikte eingeebnet werden sollten.

Im Mai 1933 wurde Martin Mutschmann Reichsstatthalter in Sachsen. Dieses Amt hatte Hitler erst geschaffen, um Verwaltung und politische Macht in Reich und Länder zu festigen. Mit dem Röhm-Putsch im Sommer 1934 ergab sich für Martin Mutschmann die Chance, seinen wichtigsten Konkurrenten, den bisherigen Ministerpräsidenten und sächsischen SA-Chef Manfred von Killinger auszubooten. Mutschmann wurde nun sächsischer Ministerpräsident und vereinte damit seit Anfang 1935 alle entscheidenden Ämter in seiner Hand: er ist Partei-Gauleiter, Reichsstatthalter und Ministerpräsident. Außerdem SA-Obergruppenführer.

Der Antisemitismus ist allgegenwärtig: Mutschmanns Anhänger organisieren sich als Straßenmob und gehen schon im Frühjahr 1933 in Sachsen ungestraft gegen jüdische Künstler, Ärzte, Geschäftsleute und Rechtsanwälte vor. Mutschmann persönlich sorgt für die Vernichtung der beruflichen Existenz von Victor Klemperer und setzt sich für „judenreine“ Dresdner Stadtbezirke ein.

Er inszeniert sich als fürsorglicher „Volksgenosse“. Kontakariert wird dies durch pompöse Lebensweise und Potaten- oder Führer-Gebaren in seiner Dresdner Villa und dem Grillenburger Gaujägerhof.

Während die Berliner Partei- und Staatsführung die Zentralisierung der Macht anstrebte, wollte Mutschmann die sächsische Staatskanzlei zum Kern einer starken regionalen Mittelinstanz ausbauen. Dabei wurde er von der Ministerialbürokratie unterstützt, die eine Umwandlung der Landesministerien in nachgeordnete Verwaltungen der Berliner

Zentralbehörden nicht hinnehmen wollte.

Nach Kriegsbeginn wurden Mutschmanns Pläne realisiert. Außerdem versuchte er, mit der Schaffung eines „Heimatwerkes Sachsen“ sächsische Eigenart, Kultur und Geschichte aufzuwerten, was vor allem im Erzgebirge auf großen Zuspruch stieß.

Während der Bombardierung Dresdens am 13./14. Februar 1945 brennt die Villa Mutschmanns in der Comeniusstraße aus. Trotz der Erfolge der Alliierten glaubte er noch im April 1945 an eine Änderung der militärischen Lage und den Sieg Deutschlands. Er forciert die Kriegsproduktion, stellt Volkssturmeinheiten zusammen und baut die Dresdner Verteidigungsstellungen aus. Gegen sog. „Verräter“ wird vorgegangen, Dutzende von Todesurteilen gegen deutsche Soldaten und Zivilisten zeugen, die Deportationen bestimmen die Tagesordnung.

Am 8. Mai 1945, als Dresden fast völlig von Einheiten der Roten Armee umschlossen war, setzte sich Mutschmann in einem Pkw in Richtung Altenberg ab. Über Glashütte gelangte er nach Grillenburg, nach Oberwiesenthal und schließlich nach Tellerhäuser, wo er am Abend des 16. Mai verhaftet wird.

Am nächsten Tag wird er der Polizei in Annaberg übergeben. Martin Mutschmann soll vor das Internationale Militär-Tribunal in Nürnberg bestellt werden. Doch von westalliierten Seite wird der Vorschlag abgelehnt, da Mutschmann zu wenig bekannt und bedeutend sei. So entschließt sich die sowjetische Führung, ihn selbst vor Gericht zu stellen und zur Verantwortung zu ziehen für die Kriegsverbrechen und Ermordung sowjetischer Gefangener und Zwangsarbeiter.

Bereits am 28. Mai 45 wird Mutschmann nach Moskau gebracht und vernommen. Schwerpunkte der Befragung sind die Judenverfolgung, die Euthanasieverbrechen, die Verfolgung politischer Gegner sowie Kriegsverbrechen gegen sowjetische Bürger und die Sowjetunion.

Im Mai 1946 ist die Anklageschrift gegen ihn fertig, im Januar 1947 findet der Prozess statt. Alle Fakten aus der Anklageschrift bestätigt Mutschmann während des Prozesses, bekennt sich aber für nicht schuldig. Er wird zum Tod durch Erschießen verurteilt. Am 14. Februar 1947 wird das Urteil vollstreckt.

Henriettenstift/Judenhäuser

Hier in der Günzstraße befand sich seit 1852 ein von Wilhelm Schie gestiftetes Asylhaus für Familien. Später wurde es als Altersheim genutzt und von den Nationalsozialisten in ein sogenanntes „Judenhaus“ umgewandelt.

Dem am 30. April 1939 in Kraft getretenen „*Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden*“, das den Mieterschutz für Juden aufhob und Juden verpflichtete, wohnungslose Juden bei sich aufzunehmen, folgte ab Herbst 1939 die Konzentration von Juden in sogenannten „Judenhäusern“. Es waren zunächst 37 Judenhäuser in Dresden bekannt. Durch die „*Verordnung über die reinliche Scheidung zwischen Juden und Arierern in Dresden*“ von 1940 wurden Juden, die noch eigene Wohnungen innehatten, gezwungen, bis zum 31. März 1940 auszuziehen und sich Platz in den verbliebenen 32 Judenhäusern suchen. Die im Henriettenstift zusammengefassten Jüdinnen und Juden mussten vertraglich der Heimunterbringung zustimmen und dem NS Staat ihr Vermögen überlassen. Als Dokument der Zeit zitiere ich hier aus einem dieser „Heimeinkaufsverträge“ dem über 65 Jahre alt Juden und Jüdinnen zustimmen mussten.

Heimeinkaufsvertrag Nr. 262

Fräulein Gertrud Sara Meyer erkennt folgendes an:

Da der Reichsvereinigung die Aufbringung der Mittel für die der gemeinschaftlichen (in Theresienstadt) unterzubringenden, auch der hilfsbedürftigen, Personen obliegt, ist es Pflicht aller für die Gemeinschaftsunterbringung bestimmten Personen, die über Vermögen verfügen, durch den von ihnen an die Reichsvereinigung zu entrichtenden Einkaufsbetrag nicht nur die Kosten ihrer eigenen Unterbringung zu decken, sondern darüber hinaus soweit als möglich auch die Mittel zur Versorgung der Hilfsbedürftigen aufzubringen

In die Gemeinschaftsunterbringung können nur Gegenstände nach Maßgabe behördlicher Weisung eingebracht werden.

Mit Abschluss des Vertrages wird die Verpflichtung übernommen, dem Vertragspartner auf Lebenszeit Heimunterkunft und Verpflegung zu gewährleisten, die Wäsche waschen zu lassen, ihm erforderlichenfalls ärztlich und mit Arzneimitteln zu betreuen und für notwendigen Krankenhausaufenthalt zu sorgen.

Das Recht der anderweitigen Unterbringung bleibt vorbehalten

Aus einer Veränderung der gegenwärtigen Unterbringungsform kann der Vertragspartner keine Ansprüche herleiten.

Der Einkaufsbetrag geht mit der Leistung in das Eigentum der Reichsvereinigung über.

Ein Rechtsanspruch auf Rückzahlung dieses Betrages besteht, auch beim Tode des Vertragspartners oder bei einer Aufhebung des Vertrages aus sonstigen Gründen, nicht.

Am 14. Juli 1942 fand der Abtransport der 47 Bewohner_innen aus dem Henriettenstift statt. Nur zwei Frauen sind bekannt, die aus dieser Gruppe überlebt haben.

Die Mathilde für den 13.2. (dauert vorgelesen ca. 4 min)

Hier an der Ecke Pillnitzer Str/Rietschelst. erinnert seit 1975 in tschechischer und deutscher Sprache ein von Johannes Peschel geschaffener Gedenkstein an die „Mathilde“. Er erinnert am historischen Ort an ein berüchtigtes Dresdner Gefängnis und seine Insassen in faschistischer Zeit. Von 1878 bis in die Weimarer Republik als Landgerichtsgefängnis genutzt, wurde das Gebäude zunächst 1933 als ‚Schutzhaftlager‘ eingerichtet. Es diente danach bis zum Ende des NS Regimes als Untersuchungshaftanstalt. In der „Mathilde“ waren sowohl politische Gegner des Naziregimes als auch Dresdner Juden sowie eine Vielzahl von Tschechen inhaftiert. Die Häftlinge dieses Gefängnisses arbeiteten von 1941 bis 1945 auch für die Rüstungsindustrie. Am 13./14. Februar fanden mehr als 400 Gefangene während des Bombenangriffs den Tod.

Die heutige Bebauung, Straßenführung und zum Teil auch die Straßenbenennung sind nicht mit der vor 1945 identisch. Das gesamte Areal der Pirnaischen Vorstadt war im Februar 1945 ein bis auf die Keller zerbombtes Trümmerfeld. Nach der Trümmerbeseitigung sind dort in den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts Wohnbauten errichtet worden. Sie prägen das Bild an der Pillnitzer Straße.

Was befand sich außer der „Mathilde“ auf diesem nicht mehr vorhandenen und inzwischen anders bebautem Areal an der Pillnitzer Straße, zwischen Gerichts – und Mathildenstraße? Was ist nicht mehr sichtbar und darf doch nicht vergessen werden? Woran erinnert kein Gedenkstein?

-.Die Antwort verlangt, dass man sich mit dem „Justizort Dresden“ in seiner Gesamtheit befasst und seine Instrumentalisierung in der Nazizeit zur Durchsetzung und Sicherung der faschistischen Herrschafts-ansprüche deutlich macht.

„Zum ‚Justizort Dresden‘ gehören

- das Oberlandesgericht (OLG) Dresden in der Pillnitzer Straße ,
- das Landgericht am Münchner Platz und der (1934 zur Aburteilung von Hoch- und Landesverrat gebildete – E.D.) Volksgerichtshof (VGH) – der einen Teil seiner Prozesse im Landgericht durchführte und dorthin auch Ermittlungsrichter entsandte-,
- die mit dem Landgericht verbundene Richtstätte

- sowie die Gefangenenanstalt I (Hauptanstalt -ebenfalls am Münchner Platz –E.D.)
- und die Gefangenenanstalt II (Zweiganstalt) in der Mathildenstraße 59“.

Dort, wo seit Jahrzehnten grüner Rasen wächst und Wohnhäuser stehen, befanden sich das höchste Gericht im Sachsen-Gau und eine dazugehörige Untersuchungshaftanstalt, die mit Recht so verrufene „Mathilde“.

- Hier in Dresden, in der Hinrichtungsstätte am Münchner Platz, Teil des „Justizortes Dresden“ starben bis zum 8. Februar 1945, dem letzten Hinrichtungstag vor dem Bombardement am 13. und 14. Februar, über 1300 Verurteilte unter der von Nazis so genannten „Fallschwertmaschine“.

- Hier in Dresden, am Münchner Platz, wurden bis April 1943 auch die Todesurteile des Sondergerichts Prag vollstreckt, ebenso Todesurteile des Oberlandesgerichts Posen, der Wehrmachtsjustiz und des Reichsgerichts.

- Hier in Dresden, im Landgericht am Münchner Platz, traf sich am 15. April 1939 der berüchtigte Roland Freisler mit Richtern, Staatsanwälten und Beamten des gehobenen Justizdienstes, um über die Struktur der Besatzerjustiz im „Protektorat Böhmen und Mähren“ zu beraten. In der Folge starben nachweislich 846 tschechische Bürger beiderlei Geschlechts unter dem Dresdner Fallbeil. Manche oder mancher von ihnen saß vorher auch in der „Mathilde“ ein.

Julius Fucik, tschechischer Schriftsteller, Journalist und Kulturpolitiker, zum Tode verurteilt 1943 wegen Hochverrats durch den Volksgerichtshof des Roland Freisler, hingerichtet in Berlin-Plötzensee, hat uns die Mahnung hinterlassen, bei den Opfern nicht von „namenlosen Helden“ zu sprechen. Es gab auch keine namenlosen Täter.

Adolf-Bauer-Kartonagen, Neue Gasse

Wir stehen hier an dem Ort, wo sich ehemals die Firma Adolf-Bauer-Kartonagen befand. Viele Dresdner Juden mussten hier während des Nationalsozialismus Zwangsarbeit leisten. Die Firma befand sich damals nahe des Stadtzentrums in der Neuen Gasse, im Wohngebiet Grunaer Straße. Sie lag parallel zur Zirkusstraße. Sie existiert heute nicht mehr. Die Fabrik wurde bei den Bombenangriffen im Februar 1945 zerstört.

Henny Brenner, eine aus Dresden stammende Jüdin, arbeitete gemeinsam mit ihrer Mutter in der Fabrik und traf dort unter anderem auch auf Victor Klemperer.

Ihre Aufgabe war es, Salbendosen für Apotheken herzustellen.

Auf der Arbeitskleidung musste der gelbe Judenstern getragen werden. Außerdem eine gelbe Binde, damit die jüdischen Mitarbeiter auch von hinten zu erkennen waren.

Die Arbeit erfolgte im Akkord, Tag- und Nachtschicht wechselten sich ab.

Über den damaligen Betriebsleiter, Herrn Bauer, schrieb Henny Brenner: „Er war Mitte Dreißig, ein hochgewachsener, gut aussehender Mann, immer mit schweren Motorrädern unterwegs. Anfangs waren wir sehr misstrauisch. Er erklärte, er wolle uns unterstützen und stünde auf unserer Seite. Wir hatten aber gehört, er wäre Nationalsozialist mit goldenem Parteiabzeichen und schon als junger Mann in die SS eingetreten. Wir wussten also nicht, was wir von ihm denken sollten. Manchmal brachte er uns sogar etwas zu essen, obwohl wir ihm sagten, er solle es sein lassen, aus Angst, es könnte entdeckt werden.“

Neben den jüdischen Zwangsarbeitern arbeiteten auch Deutsche im Betrieb, ohne im direkten Kontakt zu den Zwangsarbeitern und –arbeiterinnen zu stehen.

Sie bemerkten, wie Henny Brenner schreibt, dass die jüdischen Zwangsarbeiter von dem Betriebsleiter manchmal leichtere Aufgaben erhielten.

Eines Nachts kam er zu ihnen berichtet Brenner, um ihnen mitzuteilen, er sei zur Gestapo bestellt worden und dort habe man ihm vorgeworfen, er sei zu gut zu den Juden.

Er machte ihnen Vorwürfe, aber sie hatten natürlich nichts verraten, Bauer hatte scheinbar zu offensichtlich gehandelt. Nach dieser Abmahnung setzte er die jüdischen Zwangsarbeiter und –arbeiterinnen zu härteren Arbeiten ein, z. B. an einer Etikettier- und an einer Stanzmaschine. Dort kam es anschließend erwartbar auch zu mehreren schweren Betriebsunfällen.

Henny Brenner beschreibt auch, wie immer wieder Leute aus der Fabrik abgeholt wurden und sie nie wieder von ihnen hörte. Wieder andere wurden in andere Betriebe versetzt.

(Sie schreibt:) „Wir lebten in der ständigen Angst, die nächsten zu sein, die sie abholen kamen. Die Angst war unbeschreiblich, sie hat uns fast verrückt gemacht. Wir waren vollkommen der Willkür der Nazis ausgesetzt, denn für uns war überhaupt keine Systematik in den Aussortierungen erkennbar.“

Das weitere Verhalten des Betriebsleiters Bauer charakterisiert sie so: „Herr Bauer ließ uns ... in Ruhe, er tat nichts Gutes mehr, aber auch nichts Schlechtes. Meiner Meinung nach hat er ein Rechts-Links-Spiel betrieben. Wenn es einmal anders kommen sollte, wenn Hitler am Ende wäre, könnte er dann sagen, er habe sich anständig benommen, und man würde ihm auch als ehemaligem Nationalsozialisten nichts tun. ...Er wollte, dass nach dem Zusammenbruch noch einige von uns lebten, um für ihn auszusagen, Tatsächlich verlangte er nach dem Krieg Gutachten von uns. Mein Vater wollte ihm aber keins geben, denn er meinte, hätte Hitler die Oberhand behalten, dann hätte Bauer uns sicherlich an die Gestapo ausgeliefert.“

Ihr Überleben verdankt Henny Brenner den Bombenangriffen auf Dresden und dem darauf folgendem Chaos, das es ihr ermöglichte, sich mit ihrer Mutter bis zum Kriegsende zu verstecken. Sie hatte bereits die Aufforderung erhalten, sich am Morgen des 16.02.45 in der Zeughausstraße zum Abtransport zwecks auswärtigen Arbeitseinsatzes einzufinden.

Synagoge

Der Grundstein für die erste Dresdner Synagoge der Neuzeit wurde am 21. Juni 1838 gelegt, in einer Zeit, in der die Gemeinde und auch das Selbstbewusstsein, mit der Juden an der Gesellschaft teilnahmen stetig wuchs. Die damaligen Verhandlungen über einen kostenfreien Standort der Synagoge mit dem Rat der Stadt zeugten von der Tatsache, wie schwer man sich trotz alledem in Dresden tat, die jüdische Gemeinde zu respektieren. Nach etlichen Verhandlungen kaufte die Gemeinde, trotz misslicher finanzieller Lage, letztendlich dieses Gartengrundstück des Stadtrates und Lederhändlers Jädicke, welches zur damaligen Zeit durch die umstehenden Bauten nur schwer zugänglich war und kaum eingesehen werden konnte¹. Für die nun entstehende

Synagoge entwarf Gottfried Semper (1803-1879) sowohl die Pläne für die innere als auch die äußere Gestaltung. Semper, der auch die nach ihm benannte Oper und den Abschluss des Zwingers entwarf, zwei Wahrzeichen des neuen wie alten Dresdens, orientierte sich hier an orientalisch-byzantinische Kuppelbauten. Bereits nach zwei Jahren (08.05.1840) weihte die jüdische Gemeinde die Synagoge ein. (Bilder zeigen von der alten Synagoge)

Kaum 100 Jahre später, in der Reichsprogromnacht (09.11.1938), zerstörten Nationalsozialisten das Gotteshaus. Der Oberbürgermeister Ernst Zörner äußerte sich in der Tageszeitung der NSDAP ("Freiheitskampf") zufrieden darüber, dass "das Symbol des rassischen Erbfeindes endgültig ausgelöscht sei"². In der Stadtchronik von 1938 findet man hierzu folgenden Eintrag: "Brand: In der Nacht zum 10.11. brach in der Synagoge Feuer aus, daß das Gebäude bis auf die Umfassungsmauern niederbrannte"². Die Feuerwehr war angehalten nur die umliegenden Bauten zu schützen.

Am Morgen des 10. Novembers versammelten sich Hunderte von Menschen auf dem Zeughausplatz und schauten mit teils entzückten Gesichtern auf die Überreste der Synagoge und auf das makabre Schauspiel der Gestapo, die Gemeindemitglieder und Mitarbeiter der jüdischen Gemeinde vorführten und wertvolle Gegenstände der Gemeinde raubten.

Bereits am 12.11. wurde die Brandruine am Zeughausplatz durch die "Technische Nothilfe" gesprengt. Der Schutt wurde schnellstmöglich abtransportiert, sodass in nur wenigen Tagen nichts mehr vom jüdischen Gemeindeleben in Dresden sichtbar war. (Bilder zeigen von der Sprengung, Lehrfilm des techn. Hilfswerkes?). Lediglich einer der Davidssterne, welche von den Feuerwehrleuten vor der Sprengung von den Türmen der Synagoge demontiert wurden, wurde durch einen von ihnen (Alfred Neugebauer) versteckt und konnte so gerettet werden. Diesen findet man im Bau der heutigen Synagoge wieder.

Bevor jedoch der Grundstein für die Neue Synagoge Dresden an fast der gleichen Stelle gelegt wurde (21.06.2000), spielte sich das Gemeindeleben bis in die 90er Jahre in der Fiedlerstraße 3. Dort wurde die Leichenhalle des Friedhofs zur Synagoge umgebaut, in der die sehr kleine Gemeinde, die sich nach der Shoa wieder zusammen fand, ihre Gottesdienste abhielt. (Bilder zeigen von der kleinen Synagoge) Die kleine Synagoge

dort bot lediglich für 110 Menschen Platz und so entschloss man sich, nachdem sich die Mitgliederzahl der Religionsgemeinde durch den Zuzug nach dem Fall der Mauer stark erhöht hatte, zum Bau der Neuen Synagoge Dresden, die am 09.11.2001 eingeweiht wurde.

(Vielleicht) noch ein paar Sätze zum Bau der heutigen Synagoge:

Zu diesem Zeitpunkt, wie bereits zu Sempers Zeiten, stellte sich die Frage nach dem Aussehen des Gotteshauses, denn der Prototyp eines Synagogenbaus fehlt. Die Saarbrücker Architekten Wandel Hoefer Lorch + Hirsch, die die Neue Synagoge realisiert haben (und dafür 2002 den Preis einer renommierten internationalen Architekturzeitschrift "world architecture" erhielten³), bedienten sich hierbei der Idee der zwei ursprünglichen Orte jüdischer Gottesdienste: dem Zelt, welches ein Provisorium war, um jeder Zeit auf- und abgebaut werden zu können und schließlich der Tempel, der als festes Gotteshaus eine Dauerhaftigkeit besaß. So verkörpert der feste Teil der Neuen Synagoge, der sich kontinuierlich nach Osten dreht - Richtung Jerusalem, den Tempel. Im Inneren jedoch befindet sich das eigentliche Gotteshaus, welches durch einen bronzenen Metallvorhang, der von der Decke hängt, den rituellen Raum bildet und an das Stiftzelt erinnert. Das Stiftzelt war ein Provisorium, das die zentralen Heiligtümer, wie die Bundeslade während der Wanderschaft und vor dem Bau des ersten Tempels beherbergte. Das angedeutete Zelt im Inneren repräsentiert somit auch ein Abbild des Exils, der Verfolgung und der Fragilität. Das Gemeindehaus, das als zweites Gebäude auf diesem Grundstück steht und ebenso neu erbaut wurde, bildet durch seine räumliche Trennung von der Synagoge eine Schnittstelle zwischen Gemeinde und der Öffentlichkeit. Durch das Café aber auch durch seine gläserne Front gewährt die Gemeinde nicht nur bildlich Einblicke in das Innenleben ihrer Gemeinde. Verbunden sind beide Gebäude durch den Innenhof, welcher als leerer Raum, den Standort der alten Synagoge aufzeigt.

Schießgasse 7

Hier befand sich das Polizeipräsidium und das Polizeigefängnis.

Das Polizeigefängnis besaß 250 Haftplätze. In den meisten Zellen mußten je 2 Gefangene auf 6 Quadratmetern leben.

Die Polizeiinstitutionen der einzelnen Länder unterstanden ab 1936 dem Reichsführer SS Heinrich Himmler.

Während der Reichsprogromnacht am 9. November 1938 wurden in der Schießgasse 151 jüdische Männer interniert und von hier aus in die Konzentrationslager Buchenwald und Sachsenhausen deportiert. Zusätzlich wurden alle Mitglieder des jüdischen Gemeindevorstands verhaftet.

Die Einhaltung ihrer faschistischen Gesetze erzwangen die Faschisten erbarmungslos. Ihre Methoden, Übertretungen zu bestrafen, waren grausam.

Dazu drei Beispiele:

1. Professor Dr. med. Heinrich Conradi hatte seinen Judenstern verdeckt getragen und das widersprach der Anordnung. Conradi wurde inhaftiert und 3 Tage später in seiner Zelle tot aufgefunden. Seiner Ehefrau teilte man mit, er habe sich vergiftet.
2. Die zur Zwangsarbeit verpflichteten jüdischen Bürger Arthur Julius und Fritz Meinhard kritisierten das Essen, das am Tag von Hitlers Geburtstag ausgegeben wurde. Auch sie wurden inhaftiert und nach drei Tagen tot aufgefunden.
3. Der Festgenommene Horst Weigmann, der einen waghalsigen Befreiungsversuch unternommen hatte, wurde von Henry Schmidt so mit Faustschlägen traktiert, das er schon am nächsten Tag in seiner Zelle tot aufgefunden wurde. H.S. äußerte dazu, er habe sich an jenem Tag abreagieren müssen.

Auf das Konto der Gestapo ging auch die Entlassung und Vertreibung vieler Künstler von Semperoper und Theater, die ständig oder vorübergehend in Dresden ein Engagement hatten.

- Fritz Busch, Generalmusikdirektor, war kein Jude, aber Demokrat. Die Nazis verübelten ihm aber, dass er Juden und Ausländer an der Semperoper beschäftigte und mit Juden befreundet war. Am 7.3.1933 besetzten 50 SA-Männer die Bühne

der Semperoper und holten Busch direkt aus der Probe, um ihm seine Entlassung mitzuteilen. Busch ging ins Ausland, nach London und New York. 1990 hat die Semperoper ihn posthum als Ehrenmitglied ernannt. Sein Wahlspruch war, „es ist noch wichtiger, sich anständig zu benehmen als gute Musik zu machen.“

- Alfred Reucker, seit 1921 Generalintendant der Dresdner Theater hatte durch Erfahrung und Geschick diesen über schwierige Zeiten hinweg geholfen. Das hatte 1933 ein Ende. Er wurde mit der Begründung entlassen, er habe die Theater nicht im deutschen Sinne geführt. Als 1934 Goebbels ihn auf Betreiben von Richard Strauß zum Präsidenten der Reichstheaterkammer machen wollte, lehnte er dies ab „ob der Greuel, mit denen sich die NSDAP entehrt hatte.“
- Josef Gielen war als hochgelobter Schauspieler seit 1924 am Dresdner Staatstheater tätig. Busch, Reucker und Strauß bemühten sich um ihn für ihre Aufführungen. Aber Gielen hatte eine jüdische Ehefrau. Deshalb galt er nach den faschistischen Rassegesetzen als jüdisch versippt und war deshalb Repressalien ausgesetzt. Er kündigte 1936, versuchte sein Glück in Berlin, mit einem Dreijahresvertrag. Doch bereits 1937 wurde dieser Vertrag auf Anweisung von Göring aufgelöst, und Gielen floh nach Österreich, später nach Argentinien.

Die Polizei war aber noch in anderer Weise an den nationalsozialistischen Verbrechen beteiligt. Hier ist das Polizeibataillon 325 aus Dresden zu nennen, das zur Partisanenbekämpfung in Kärnten und der Oberkrain im SS Polizeijägerregiment 18 eingesetzt wurde. Das bekannteste Mitglied dieses Bataillons war Erwin Strittmatter. Am 25. Juli 1942 wurde der Ort Bistrica pri Kranju durch das Regiment vollständig niedergebrannt, alle männlichen Bewohner wurden erschossen. Zwei Jahre später, am 5. Januar 1944, wurden zwei Angehörige des Regiments von Partisanen getötet. Daraufhin wurde die Exekution von 120 Geiseln aus dem Gefängnis von Levadia angeordnet. Fünfzig von ihnen wurden am 8. Januar von einem Exekutions-Kommando des Regiments erschossen. durch das Regiment vollständig niedergebrannt, alle männlichen Bewohner wurden erschossen.

Seit 2006 befindet sich vor dem Polizeipräsidium ein „Denkzeichen“, d. h. eine Gedenktafel, die auf die Funktion des Gebäudes in der Nazizeit hinweist. Auf der einen Seite der Tafel wird an die Grausamkeit erinnert, welcher die Gefangenen mit ihrer Inhaftierung ausgesetzt waren. Mit einem Zitat aus seinem Abschiedsbrief wird an Otto Kastner erinnert, der sich hier 1938 das Leben nahm. Er war Stadtschul- und Amtsjugendarzt gewesen und im März 1933 wegen seiner „nichtarischen“ Abstammung entlassen worden. Es lautet: „... wenn ihr euch meine Ängste in der Einsamkeit vorstellen könntet...“

Auf der anderen Seite der Tafel befindet sich ein Ausschnitt aus dem Stadtplan von Dresden, der die Verfolgung der jüdischen Mitbürger in der Zeit des Faschismus thematisiert, indem Orte des jüdischen Lebens bis 1945 eingezeichnet sind.

Das Deutsches Hygiene-Museum Dresden (DHMD), Ernst Wegner und die NS-Euthanasie in Sachsen

In Deutschland entstanden um 1900 im Zusammenhang mit der Entstehung der Sozialhygiene und vor dem Hintergrund der „radikalisierten Übersetzung von Darwins `struggle for life`“, rassenhygienische und eugenische Vorstellungen. „Nationalistische Propaganda“, „hygienische Volksbelehrung“ und „rassekundliche Themen“ waren schon lange vor dem Machtantritt des Nationalsozialismus auch in Dresden präsent. Ein Ausdruck davon ist die Geschichte des Deutschen Hygiene-Museum in Dresden.

Das Museum wurde 1911 im Anschluss an die erste Internationale Hygiene-Ausstellung mit 5 Millionen Besuchern in Dresden gegründet.

Innerhalb von 12 Ausstellungsgruppen gab es schon 1911 eine Sondergruppe „Rassenhygiene“.

Zur Eröffnung der Zweiten Internationalen Hygiene-Ausstellung am 16. Mai 1930 bezog das Museum das heute noch genutzte Gebäude, das vom Architekten Wilhelm Kreis eigens für die Ausstellung gebaut wurde. Beteiligt an der Ausstellungskonzeption waren bereits führende Vertreter der faschistischen Rasseideologie wie Freiherr von Verschuer und Ernst Rüdin.

Nachdem das Museum schon früh für eine „Popularisierung eugenischen Gedankengutes“ gesorgt hatte, gliederte es sich ab 1933 zügig und aktiv in die Rassen-Politik des NS ein.

So erläutert der Jahresbericht des Museums 1933 gleich zu Beginn ZITAT:

„Eine Gleichschaltung der Organisation des Museums, was die Gesamtleitung anbelangt, war nicht notwendig, da die Museumsarbeit mit wenigen Ausnahmen durchaus (...) im Bereich der staatlichen Neuordnung lag und liegt. Lediglich personelle Veränderungen in der Zusammensetzung des Vorstandes und der wissenschaftlichen Mitarbeiter (...) waren notwendig und wurden zum Teil bereits vor der nationalen Revolution durchgeführt.“

Die „personellen Veränderungen“ von der der Jahresbericht des Hygiene-Museums spricht, meint die Vertreibung und Verfolgung progressiver und jüdischer Ärzte und Sozialhygieniker wie Rudolf Neubert, Bruno Gebhard, Marta Fraenkel, Eugen Galewsky, Martin Vogel und Walter Weisbach.

In einem „kontinuierlichen Prozess der (Selbst-)`Gleichschaltung`“ wurde das das Hygiene-Museum Teil des entstehenden NS-Staates in Dresden. Das Museum war Teil der Planungen für ein Gauforum in Dresden, mit dessen Planung erneut Wilhelm Kreis

beauftragt wurde. Im Museumsgebäude angesiedelt waren darüberhinaus die Ämter für Volksgesundheit bei der Gauleitung Sachsen der NSDAP, das Sächsische Erbgesundheitsamt und das Rassenpolitische Amt bei der Gauleitung Sachsen. Im Gegenzug profitierte das Museum durch gestiegene Zuwendungen von der Verbindung mit dem NS-Staat.

Das Hygiene-Museum entwickelte sich zu einem Zentrum der Eugenik- und Euthanasie-Propaganda in Deutschland. Über Ausstellungen, Zeitschriften, Kurse, Tagungen und nicht zuletzt durch das erarbeitete Schulmaterial, erreichte es eine große Öffentlichkeit und betrieb so vor allem die ideologische Legitimierung der NS-Verfolgungs- und Vernichtungspolitik.

Mit den Ausstellungen „Volk und Rasse“ (1934), „Das Leben“ (1935) und das „Ewige Volk“ (1937) grenzten die Macher_innen sogenanntes „unwertes Leben“ rassenbiologisch aus. Sie waren vor allem gegen Menschen jüdischen Glaubens, mit fremd wahrgenommenem Aussehen und mit Erbkrankheiten gerichtet. So sollten Schädelformen Rassenzugehörigkeiten belegen.

Einer der Täter, dessen Spur zum Hygiene-Museum führt ist Ernst Wegner. Der Kriegsfreiwillige im Ersten Weltkrieg und studierte Mediziner nahm 1920 am Kapp-Putsch teil. Ende der 1920er Jahre trat er in die NSDAP, für die er 1932 im Reichstag saß, ein.

Wegner steht für die Verbindung von Medizin und Nationalsozialismus und vereinte als nationalsozialistischer Multifunktionär die Ämter des Gauärztesführers des Nationalsozialistischen Deutschen-Ärztbundes für den Gau Sachsen, des Gauamtsleiters des Amtes für Volksgesundheit der NSDAP, des Leiters der Ärztekammer Sachsens, sowie der kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands in seiner Person.

Anfang Oktober 1933 übernahm Wegner den Vorsitz des Hygiene-Museums Dresden. Bei seiner Antrittsrede erklärte Wegner ZITAT:

„Besonders der deutsche Osten ist außerordentlich dünn besiedelt, und auch ohne einen Krieg würde schließlich eine Verdrängung nordischen Blutes aus dem Osten und damit der Untergang des Abendlandes bevorstehen, wenn nicht endlich eine Umkehr erfolgte. Das erste, was der Bevölkerungspolitiker von heute erreichen muß, ist eine Umstimmung der Weltanschauungen auf biologische und rassische Grundlagen.“

Im April 1934 erfolgte dann durch Wegner die Gründung der reichsweit ersten „Staatsakademie für Rassen- und Gesundheitspflege im Hygiene-Museum Dresden.“

Im Anschluss an die Gründungsfeierlichkeiten fanden an der Staatsakademie erste Einführungskursus für Staats- und Kommunalbeamte und „Führer verschiedener Gliederungen und Kreise“ statt. Der Kurs begann mit Vorträgen über die „Geschichte als Lehrmeister völkischen Gesschehens“, „Europas Rassen im Laufe der Jahrtausende“, die „Vererbungslehre als Grundlage der Rassenpflege“, die „Erhaltung des deutschen Erbgutes“, über „Rasse und Kultur“ sowie über das Thema „Gedenke, dass du ein deutscher Ahnherr bist!“.

In seinem Buch „Rassenhygiene für Jedermann“ von 1935 steht zu lesen: ZITAT. „Nur weil die Rassenfragen unterschätzt wurden und in den Gelehrtenstuben verstaubten, konnten Andersrassige und Juden an die Herrschaft kommen.“

Über seine Funktionen war Wegner unmittelbar in die NS-Verbrechen involviert. In Dresden gehörte er dem sogenannten Erbgesundheitsobergericht Sachsen in der Pilnitzer Straße an.

Dresden sollte nach dem Willen der lokalen NS-Größen zur „Stadt der Volksgesundheit“ werden. Nach der Gründung der Staatsakademie für Rassenpflege im April 1934 wurde ein Monat später die Umwandlung des Johannstädter Klinikums in ein „Biologisches Zentralkrankenhaus für das Deutsche Reich“ begonnen.

Nur 20 Kilometer von Dresden entfernt befand sich die NS-Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein, die vorher eine sogenannten Heilanstalt war und bereits vor 1933 Zwangssterilisationen durchführte. Unter dem euphemistischen Namen „Euthanasie“ ermordeten dort 100 Angestellte mit Gas 13.720 Menschen, die als psychisch krank eingestuft wurden - außerdem noch ca. weitere 1000 KZ-Häftlinge. Der Massenmord fand zwischen dem Juni 1940 und dem August 1941 im Rahmen der „Aktion T4“ und der „Aktion 14f13“ statt.

Nach der ersten Welle der Tötungsaktionen gab es in der zweiten Hälfte des Krieges eine zweite Welle „regionalisierter Euthanasie“. Hier standen die lokalen und regionalen Instanzen des NS-Staates stärker im Vordergrund. Hier hing „viel von der ideologischen und menschlichen Härte der als Reichsverteidigungskommissare fungierenden Gauleiter und des ärztlichen Personals in den Anstalten ab. Im Sachsen des Martin Mutschmann, das vom Bombenkrieg noch weniger betroffen war als andere Landesteile und das

deswegen als bevorzugter Aufnahmegal galt, fehlte es in Medizin und Politik an beidem nicht“.

Seit Mitte der Dreißiger Jahre gab es in Sachsen eine „ausnehmend aggressive Tradition bei der Tötung „Unheilbarer“, die deren Sterblichkeitsrate bereits vor Beginn der zentralen Tötungsaktion T4 auf das Sechsfache des Reichsdurchschnitts getrieben hatte“. Der Historiker Klaus-Dietmar Henke bezeichnet Sachsen deshalb als „eine Kernregion des Krankenmords“.

Propagandistisch vorbereitet hat dies maßgeblich das Deutsche Hygiene-Museum Dresden. Es gehörte zum Netzwerk der NS-Vernichtungspolitik, die NS-Täter in Dresden und Sachsen betrieben: So beteiligte sich der Reichsärztführer Leonardo Conti einerseits unmittelbar an den T4-Morden sowie an Medizinversuchen im KZ-Buchenwald und war gleichzeitig der Vorstandsvorsitzende des „Vereins Deutsches Hygiene-Museum“.

Im Laufe des Krieges musste das Hygiene-Museum seine Tätigkeiten jedoch immer weiter einschränken. Beim Bombenangriff im Februar 1945 wurde das Gebäude schwer beschädigt, aber nach dem Krieg wieder in Stand gesetzt und weiter genutzt.

Von der Rassenhygiene um 1900 führte kein grade Weg in die NS-Euthanasie. Dennoch war dieser die „immanente Konsequenz biologistischen Denkens“. Auch heute gibt es städtische Armut und auch heute wird diese einer „biologistischen Deutung“ unterworfen, werden kulturpessimistische Dekadenz- und Verfallsphantasien“ artikuliert sowie „die Eindämmung der angeblich besonders fortpflanzungsfreudigen `Minderwertigen`“ propagiert.

Staatspolizeileitstelle Dresden der Geheimen Staatspolizei (GeStapo)

Wir befinden uns jetzt auf Höhe der Bayrischen Straße Nummer 16. Diese Straße hieß früher Bismarckstraße und in dem Gebäude der Nummer 16/18, dem ehemaligen „Continental-Hotel“, befand sich bis Februar 1945 die Staatspolizeileitstelle Dresden der Geheimen Staatspolizei, also die Hauptzentrale der Dresdner GeStapo. Diese Leitstelle war für den Gesamttraum Dresden und noch einige weitere Kreise und Städte Sachsens zuständig. Insbesondere das Referat IV B 4 (vorher war es das Referat II B 3) organisierte alle staatspolizeilichen Maßnahmen gegen jüdische Bürger und Bürgerinnen Dresdens, so auch die sog. „Anordnung der 'Schutzhaft'“ für Juden und mit Beginn 1942 die sukzessive Deportation der jüdischen Bürger und Bürgerinnen.

Dem Referat vor stand seit dem Frühjahr 1942 der SS-Obersturmführer, Kriminalkommissar Henry Schmidt.

Wir haben den Täterspuren-Spaziergang mit der Biographie des Ministerpräsidenten Sachsens und Reichsverteidigungsleiters der NSDAP Martin Mutschmanns begonnen. An dieser Stelle soll nun auf die politische „Karriere“ des SS-Obersturmführers Henry Schmidt eingegangen werden.

Henry Schmidt wurde 1912 in Chemnitz als Sohn einer Arbeiterfamilie geboren. Als einer der ersten trat er bereits 1929 in die Hitlerjugend und schon 1930 in die SA und NSDAP ein. Drei Jahre später folgte der Eintritt in die SS. Nach ersten Tätigkeiten als Hilfspolizist zum Bewachen von Gefängnissen wurde er von der Gestapo angeworben und 1936 zum SS-Untersturmführer befördert. Auf den Einsatz in verschiedenen Staatspolizeistellen in Österreich und Polen folgte die Ausbildung zum Kommissar. 1942 dann der Dienstantritt in Dresden, wo Schmidt ab April 1942 im Gebäude der Gestapo in der Bismarckstraße tätig war.

Mit seiner Familie bewohnte er eine Wohnung in der Schlüterstr. aus der zuvor die jüdischen Besitzer vertrieben wurden.

Als Hauptarbeitsfeld kümmerte sich Schmidt um die Registrierung und Deportation der Dresdener Juden.

Er beteiligte sich an diversen Transporten in das Ghetto Theresienstadt wobei ein Großteil der Deportierten den Tod fand. Schmidt war maßgeblich an der Errichtung eines Lagers für Zwangsarbeiter auf dem Dresdener Heller für die Goehle-Werke beteiligt.

Der letzte von Schmidt geplante Transport wurde durch die Bombardierung Dresdens verhindert; sämtliche dafür vorbereiteten Dokumente sowie relevante Transportwege waren vernichtet, was das Leben von 100 Juden und Jüdinnen rettete.

Die Bombardierung Dresdens im Februar 1945 hatte auch für Schmidt folgenreiche Auswirkungen. Mit der Zerstörung der Gestapo-Zentrale waren seine Personalpapiere vernichtet worden. Schmidt setzte sich sofort in die umliegenden Wälder Dresdens ab und baute dort eine Gruppe von „Werwölfen“ auf. Victor Klemperer fürchtete, dass Schmidts Werwölfe ihn in Falkenstein auffinden könnten.

Vor dem Zeitpunkt der Kapitulation hielt sich Schmidt in der Gegend um Altenberg auf, wo er einen Stützpunkt aufbauen wollte und flüchtete im Anschluss weiter nach Teplitz. Er vernichtete mögliche Beweise, die ihn als SS Mitglied identifiziert hätten und baute sich in Nachkriegsdeutschland eine neue Identität auf.

Es gelang Schmidt über 40 Jahre ein normales Leben zu führen. Er war unter anderem als Geschäftsführere der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft Glückauf tätig und ging 1977 regulär in Rente.

Erst viele Jahre später ist Henry Schmidt der Prozess gemacht worden. 1986 ist sein Doppelleben zufällig entdeckt worden, er wurde verhaftet und konnte Dank der Zeugenaussagen von einzelnen Überlebenden 74-jährig, nach über 40 Jahren für seine Anweisungen zur Verantwortung gezogen und zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt werden.

Textsplitter

Elbufer (Aufmarschplatz)

Der von hier zu sehende Abschnitt des Königsufers zwischen Carola- und Augustusbrücke wurde von Stadtbaurat Paul Wolf für Kundgebungen und Aufmärsche konzipiert.

In der Planung bezeichnete Wolf diesen Raum als Platz für nationale Kundgebungen, und tatsächlich diente er zahlreichen Massenveranstaltungen. So etwa gelobten hier einen Tag nach dem Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 mehrere tausend Menschen ihre Treue gegenüber ihrem "Führer" und dem NS-Regime. Original erhalten haben sich aus der Bauzeit die beiden Säulenbasen der Fahnenmasten die die Tribüne ursprünglich rahmten. Heute erinnert nichts an die Nutzung des Elbufers während des NS. Im Sommer wird es für Kulturveranstaltungen genutzt und im Dezember 2010 "feierte" die Bundeswehr unter Fackelbeleuchtung an diesem Ort ihre 20jährige Anwesenheit im Osten.

Hochschule

Die Gleichschaltung der Hochschule und Einführung des Führerprinzips fand 1933/34 statt. Namhafte Hochschullehrer wurden auf Grund des "Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" entlassen und Repressalien ausgesetzt.

An einige von ihnen sei hier erinnert.

Der Physiker und Entdecker des Kristallphotoneneffekts, Harry Dember (1882 – 1943),

der Romanist Victor Klemperer (1881 - 1960),

der Arzt und Hygieniker Rainer Fetscher (1895 - 1945),

der Staatswissenschaftler Robert Wilbrandt (1875 - 1954)

sowie Paul Luchtenberg (1890 - 1973), Professor für Pädagogik, Philosophie und Psychologie, später Mitbegründer der FDP und Kultusminister von Nordrhein-Westfalen.